



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/107 - 9.5.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Und was wird aus Berlin ?	S. 1
Der Stahlkonflikt in den USA	S. 3
Was "Heimatzeitungen" verschweigen	S. 5
Zum "Sieg der Mitte" in der FDP	S. 7

---

## Generalvertrag und Berlin

Von Willy Brandt, MdB

Es ist bekannt, daß Berlin zu den Vorbehaltsgebieten der Westmächte gehört, wenn es sich darum handelt, das Verhältnis zur Bundesrepublik so oder so neu zu gestalten. Die Alliierten berufen sich auf die Sonderlage Berlins, die sich aus den 1944 und 1945 abgeschlossenen Viermächtevereinbarungen ergibt. Welche Vereinbarungen im einzelnen getroffen wurden, ist den Deutschen allerdings bis auf den heutigen Tag authentisch nicht zur Kenntnis gebracht worden. Der Auswärtige Ausschuß des Bundestages hat im Herbst vorigen Jahres den Wunsch ausgesprochen, die Bundesregierung möge die Berlin betreffenden interalliierten Verträge und Abmachungen in Form eines Weißbuches zusammenstellen lassen. Das ist bis heute nicht geschehen.

Die Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit wird in Berlin besonders brennend empfunden. Niemand hat das Recht, sich auf Berlin (oder die Sowjetzone) zu berufen, wenn er die Schmalspurpolitik der Bundesregierung verteidigen will. Für Berlin selbst ergibt sich, falls der Generalvertrag abgeschlossen werden sollte, eine grundsätzlich andere Lage als für das westliche Bundesgebiet. Die isolierte Hauptstadt Deutschlands wird in das Verteidigungsabkommen ausdrücklich nicht einbezogen.

Die Verantwortung für die Sicherheit Berlins kann, wie man

9. Mai 1952

auch sonst zu den geplanten Verträgen stehen mag, in der Tat nur bei den Westmächten liegen. Ohne zu dramatisieren, muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß sich im Zusammenhang mit den Westverträgen eine Verschärfung der Lage ergibt, durch die gerade auch Berlin vor neue Probleme gestellt werden kann. Es wird in der Zukunft noch mehr als bisher darauf ankommen, ob und wie die Westmächte entschlossen sind, die Verkehrslinien zwischen Westdeutschland und Berlin offen zuhalten.

Vom deutschen Standpunkt aus ist es eigentlich beschämend, daß sich die Bundesrepublik im Rahmen der geplanten Verträge verpflichten muß, Berlin finanziell und auf andere Weise beizustehen. Die lange Zeit allzu zögernde Haltung der Bundesregierung dürfte die Alliierten veranlaßt haben, diese Selbstverständlichkeit vertraglich festgelegt wissen zu wollen. Auf der anderen Seite muß jedoch festgestellt werden, daß die Alliierten selbst bis in die letzte Zeit überflüssige Hindernisse in den Weg gelegt haben, wenn es sich um die rechtliche und finanzielle Eingliederung Berlins in den Bund handelte. Die Verzögerung, der das im Dezember vom Bundestag verabschiedete dritte Überleitungsgesetz ausgesetzt war, ist dafür ein besonders deutliches Beispiel.

Es ist zu hoffen, daß es in Bezug auf die rechtliche und wirtschaftliche Einbeziehung Berlins endlich zu einer sachlich einigermaßen befriedigenden Lösung kommt. Dazu müßte auch gehören, daß die Vertretung Berlins bei internationalen Verhandlungen und Abmachungen generell durch die Bundesrepublik mit wahrgenommen wird.

Für die Westsektoren Berlins ist eine Revision des Besatzungsstatuts vorgesehen. Diese Absicht sollte nicht auf Formalitäten beschränkt bleiben. Vielmehr müßte sich die Kontrolle der Alliierten in Berlin ausdrücklich auf Fragen der Sicherheit beschränken, damit der Selbstverwaltung nicht mehr sinnlose und demütigende Hindernisse in den Weg gelegt werden.

So sehr jeder Erfolg in dieser Richtung zu begrüßen wäre, so sehr wäre zu bedauern, wenn die politisch gefährlichen Konsequenzen des geplanten Vertragswerks in seiner vorliegenden Form für Berlin und die deutsche Einheit übersehen oder verniedlicht würden.

+ + +

Amerikanische Stahlkrise - und was dann ?

H. St. - New York

Wenn Giganten miteinander kämpfen, schwankt und zittert der Erdboden. Wenn die mächtige und starke amerikanische Stahlindustrie in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt ist, in dem ihr Gegner erst die Gewerkschaft der Stahlarbeiter war und jetzt kein geringerer als Präsident Truman ist, dann kann die übrige Welt nicht unbeeiligt daran vorbeigehen; die Folgen dieser Krise dürften sich bis in die fernsten Winkel unseres Erdballes auswirken.

Dieser Kampf der Giganten hat eine lange und etwas verworrene Vorgeschichte. Zu Beginn des Jahres leitete die Stahlarbeiter-Gewerkschaft Verhandlungen mit der Industrie zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages ein; sie forderte, begründet mit den inflationären Tendenzen in der Wirtschaft und den steil in die Höhe gekletterten Profiten der Industrie im Zeichen der Wiederaufrüstung, eine angemessene Lohnerhöhung und einige zusätzliche Verbesserungen, wie Erhöhung der Beiträge zu den Pensionsfonds und der Produktivitätsprämien. Die Industrie erklärte sich zu kleinen Lohnzuschlägen bereit, was die Gewerkschaft ablehnte. Es kam zu monatelangen Verhandlungen ohne Ergebnis und schließlich zu langwierigen Beratungen des staatlichen Schlichtungsamtes, das eine Kompromißlösung vorschlug; diese kam jedoch den Arbeiterforderungen, die es als vernünftig ansah, sehr viel näher als dem Standpunkt der Arbeitgeberseite. Die Industrie lehnte den Spruch der Schlichtungsinstanz ab.

Am 1. April lief der alte Tarifvertrag ab und die Gewerkschaft weigerte sich, tariflos zu arbeiten. Als keine Einigung mehr zu erwarten war, kündigte der Verband den Streik für den 8. April um Mitternacht an. Da aber griff Präsident Truman ein; mit Wirkung vom 8. April, eine Minute vor Mitternacht, beschlagnahmte er die gesamte amerikanische Stahlindustrie, 88 Eisenhütten, Walzwerke, Gießereien und Fabriken, die mächtigste Industriegroßmacht der Erde, setzte Handelsminister Sawyer als Verwalter ein und schlug selber eine Kompromißlösung in der Lohnfrage vor, die den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft zwar nicht entsprach, aber doch recht

nahe kam. Der Streik unterblieb und der Industrie bewilligte Truman eine minimale Preiserhöhung des Stahls.

Aber mit Trumans sensationellem Schritt fing die wirkliche Krise erst an. Die Industrie klagte vor den Gerichten gegen die Regierung auf Annullierung der Beschlagnahme und Rückgabe der Fabriken; ihr Argument war, daß der Präsident ein solches Beschlagnahmerecht nur in Kriegszeiten oder unter Sondergesetzen habe, wie sie zwar z.B. für das Transportgewerbe und nicht für die Stahlindustrie bestehen. Die Industrie beantragte zunächst eine einstweilige Verfügung auf Rückgabe, die das Gericht ablehnte; dann aber entschied das erstinstanzliche Gericht, nach langen Vorträgen beider Parteien, zugunsten der Arbeitgeber und erklärte die Beschlagnahme für verfassungswidrig.

Die Regierung gab sich nicht geschlagen und legte Berufung ein - und hatte die Genugtuung, daß knapp 24 Stunden nach dem erstinstanzlichen Urteil das Berufungsgericht in einer dramatischen Entscheidung das erste Urteil annullierte: Es liege zweifellos eine "nationale Notlage" vor, in der der Präsident das Recht und sogar die Pflicht habe einzuschreiten; und die Verfassung verbiete zwar entschädigungslose Enteignung, aber erstens habe die Regierung ja niemanden "enteignet", sondern nur die laufende Verwaltung der Betriebe übernommen, und außerdem sei noch sehr ungewiß, ob der Industrie ein Schaden entstanden sei. Die Industrie habe übrigens durchaus das Recht, die Regierung auf Schadensersatz zu verklagen - und dann sei die Frage des Schadens erneut zu untersuchen.

Zur Zeit schwebt dieser aufwühlende Streit vor der letzten und höchsten Gerichtsstanz, dem Obersten Bundesgericht. Die Entscheidung steht offenbar auf des Messers Schneide. Wenn der Oberste Gerichtshof doch Truman Unrecht gibt und die Industrie wieder ihre Betriebe übernimmt, wird ein allgemeiner und wohl auch langwieriger Streik nicht zu vermeiden sein. Wenn die maßgebliche Schlüsselindustrie der amerikanischen Wirtschaft von der halben Million Stahlarbeiter lahmgelegt wird, muß das zu politischen und ökonomischen Erschütterungen führen, die schwerwiegende Folgen haben können. Von einer "nationalen Notlage" zu sprechen, ist nicht übertrieben. Die Stimmung in der Öffentlichkeit ist erregt, die Geschäftswelt verständiglicherweise nervös und die Armee und Flottenkreise fragen sich, was aus ihrer Aufrüstung wird.

Das Schweigen der "Heimatzeitungen"

O.F.H. Als man daranging, der deutschen Presse gewisse Fesseln abzunehmen und eine häufig leider wieder in Frechheit umgewandelte Freiheit zu gewähren, schossen gewisse mittlere und vor allem kleinere Zeitungen wie Pilze aus der Erde. Um den zu gewinnenden Abonnenten gegenüber so etwas wie einen Berechtigungsnachweis zu erbringen, nannten sich die meisten von ihnen im Untertitel Heimatblatt oder Heimatzeitung des Kreises X oder Y, jedenfalls tat man dort so, als habe man alle Heimatliebe grundsätzlich gepachtet und projiziere sie nunmehr durch die Rotation auf die betreffenden Seiten.

In der Folge ging man auch daran, regelmäßig zu berichten, was sich in der Vergangenheit auf lange Jahrzehnte oder Jahrhunderte zurück im Umkreis ereignet habe. Man kann sagen, es blieb kein Stein unangetastet, der halbwegs im Bereiche der heimatlichen Belange lag. Eines nimmt dabei wunder: Wie großzügig manche Redakteure in der Darstellung mehr oder minder interessanter Familiengeschichten "aus Stadt und Kreis" in solchen geschichtlichen Rückblicken auch waren, seltsamerweise hat bislang kaum einer auf jene Familien zurückgegriffen, die in der traurigsten Zeit Deutschlands plötzlich verschwanden, deren Mitglieder man irgendwohin brachte, wo sie dann nichts mehr hören ließen, weil Tote in der gewöhnlichen Art zu sprechen verhindert sind.

Es gab jüdische Familien, deren Ursprung weit in die Geschichte zurückreicht, die kleinen und großen Orten ihre Arbeit angedeihen ließen, sich auch um das Gemeinwohl in hervorragendem Maße kümmerten, Menschen, deren Namen heute noch mit bedeutenden Gründungen wirtschaftlicher und sozialer Art verbunden sind. Wo sind sie geblieben, diese alteingesessenen Familien? Wer sprach nach 1945 im Rahmen eben gerade jener Auslassungen in den Heimatbeilagen der rasch in's Leben gerufenen Zeitungen von ihnen, wer ging ihrem Schicksal nach und sammelte Unterlagen mit der gleichen Bereitwilligkeit, mit der andere heimatliche Forschungsgebiete abgegrast wurden? Besser allerdings, weil schwerwiegender, wäre die Fragestellung: Weshalb tat man es nicht? Weshalb tat man so, als sei da nichts weiter

geschehen, als sei alles in der jüngsten und allerjüngsten Vergangenheit in bester Ordnung verlaufen ?

Es wäre an der Zeit und ein geschichtliches, um nicht zu sagen heimatgeschichtliches Verdienst, diesen Dingen einmal nachzugehen, zumal sich jetzt leichter Ergebnisse zeitigen lassen als noch vor Jahren, da man von diesen Schicksalen wenig wußte, um die es sich hier handelt. Heute läßt sich aus Briefen von Verwandten, denen die Flucht in's Ausland gerade noch gelang, Konkretes feststellen, und wenn schon so viel über Heimatliches geschrieben wird, so sind auch diese peinlichen Lücken möglichst bald zu schließen.

Es geht hier nicht um ein paar Tatsachen verleugnende Zeitungsleser aus der bewußten NS-Fakultät, denen solche "Erinnerungen" unangenehm sind, es geht hier um den Nachweis, in welchem Grade sich diese alteingesessenen Bürgersfamilien jüdischen Glaubens um Stadt und Land verdient gemacht haben und wie ihr Ende war. Gute Federn, denen man das anvertraut, werden die Form finden, aus der heraus sich das abrundende Bild vom lebenden und also gestorbenen Inventar eines Ortes entwickeln läßt.

Mangelt es den einen an Einsicht, andern an "Mut" geschäftstüchtigen Verlegern von Aachzeitungen gegenüber, nun, so gehören sie nicht in Redaktionsstellungen. Dann sollten aber die darangehen, die auch heute in der deutschen Presse ihre Federn der Förderung der Wahrheit zur Verfügung stellen. Und deren gibt es glücklicherweise noch genug.

+ + +

#### Die Novelle vom "und"

-x. Ist es eigentlich tragisch, wenn der Bundestagsabgeordnete Dr. Atzenroth (FDP) an die Verpflichtung der Koalition gebunden ist, in der Lastenausgleichsdebatte keine Abänderungsanträge zuzulassen - auch nicht aus den Reihen der Koalition - und solche Anträge nur als Material für künftige Novellen zum Gesetz zur Kenntnis zu nehmen ? Oder ist es nicht vielmehr komisch, wenn der gleiche Abgeordnete im Gesetzentwurf das Fehlen eines "und" entdeckt und erklären muß, nach Annahme des Gesetzes dieses "und" zum Gegenstand der ersten Novelle machen zu wollen ?

Wir finden diese Erklärung Dr. Atzenroths nicht einmal tragikomisch, sondern einfach hirnverbrannt. Sie zeigt, daß Herr Atzenroth wie seine Koalitionsfreunde, vernünftigen Erwägungen - der einfachen Einfügung eines "und" in einem noch zu diskutierenden Gesetzentwurf - nicht mehr zugänglich sind. Sie machen um ein "und" eine Novelle.

+ + +

Krisenerscheinungen in der FDP

ae. Den äußeren Anlaß zu den Umbesetzungen des Fraktionsvorstandes der FDP gab der für diese Partei geradezu vernichtende Ausgang der hessischen Gemeindewahlen. Die hessische FDP machte dafür nicht sich selbst oder ihre Politik verantwortlich, sie suchte die Schuldigen bei ihren Parteifreunden in Württemberg-Baden; durch deren Koalition mit der SPD sei ein "schwerer Affront gegen die freiheitliche Linie der Partei" (Martin Euler) gebildet worden.

Diesem "Vorwurf" mangelt die Überzeugungskraft. Die hessische FDP unter der Führung des Bundestagsabgeordneten Martin Euler stand in der hessischen Politik am äußersten rechten Flügel, was sich personell schon darin ausdrückte, daß sie in ihrem Funktionärapparat eine ganze Reihe ehemals führender Nationalsozialisten einbaute. Sie hoffte durch das Erwecken nationalistischer Instinkte und betonten Radikalismus die Wähler rechts von der Sozialdemokratie einzufangen, was sich diesmal als Fehlrechnung erwies. Der Rechtsradikalismus hat in Hessen keinen Boden - eine Erfahrung, die auch die Deutsche Partei machen mußte.

So gesehen kommt dem "Sieg der Mitte" mit der Wahl des Vizepräsidenten des Bundestages, Schäfer, zum Fraktionsvorsitzenden der FDP, innerpolitische Bedeutung zu. Die Rechtstendenzen innerhalb der FDP sind nicht allein auf Hessen beschränkt, sie sind auch ausgeprägt in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen vorhanden, wenn auch in diesem Lande das Bemühen der dortigen FDP-Führer, in Wettbewerb mit der "nationalen Rechten" zu treten, nicht so auffällig zutage tritt.

Die FDP in diesen Ländern entwickelt sich immer mehr zur ausgesprochenen Sachwalterin großindustrieller Interessen. Aus ihr kommen die erbittertesten Gewerkschaftsgegner (Erhr. v. Rechenberg), sie ist Feind jeder sozialen Gesetzgebung und vertritt am rücksichtslosesten den Herr-im-Hause-Standpunkt. Ideologisch steht dieser Flügel mehr der schwerindustriellen Volkspartei der Weimarer Zeit und den deutschen nationalen Hugenberg'scher Prägung nahe als der seinerzeitigen demokratischen Staatspartei, deren Reste mit einem echt liberal-freiheitlichen Gehalt am ehesten noch in der jetzigen württembergischen Volkspartei sowie bei den Freien Demokraten der Hansestädte anzutreffen sind.

Die Verdrängung der "Radikalen" aus dem Fraktionsvorstand der FDP dürfte nicht ohne Einfluß auf die kommenden Beratungen über den Generalvertrag bleiben. Der Widerstand gegen den Generalvertrag in seiner gegenwärtigen Form ist gerade in der nordrhein-westfälischen und niedersächsischen FDP sehr erheblich. Sie befürchtet, daß in einer auch militärisch an den Westen auf Gedeih und Verderb angeschlossenen Bundesrepublik die schwerindustriellen Interessen zu kurz kommen und sich die Kohle- und Stahlkönige an Rhein und Ruhr mit einer Juniorenrolle begnügen müssen. Damit hat für sie die Adenauersche Integrationspolitik viel an Reiz verloren.

---

Verantwortlich: Peter Raunau